



Gemeinsame Pressemitteilung der Duisburger MdBs Bärbel Bas und Mahmut Özdemir vom 29.11.2019

## **SPD-Bundestagsabgeordnete aus den 20 größten Stahlstandorten Deutschlands kämpfen gemeinsam für die Stahlstandorte**

Berlin, 29.11.2019

### **Mahmut Özdemir MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73819  
Fax: +49 30 227-76403  
mahmut.oezdemir@bundestag.de

### **Bärbel Bas MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-75607  
Fax: +49 30 227-76607  
baerbel.bas@bundestag.de

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir haben sich heute mit den SPD-Bundestagsabgeordneten aus den 20 größten Stahlstandorten Deutschlands zusammengeschlossen, um gemeinsam für den Erhalt der Standorte und der Arbeitsplätze zu kämpfen. "Wir wollen gemeinsam deutlich machen, dass unsere Stahlstandorte dann eine Zukunft haben, wenn Politik, Beschäftigte und vor allem auch die Unternehmen zum Erhalt der Standorte zusammenarbeiten", so die beiden Duisburger Abgeordneten.

"Wir sind bereit, die Betriebe zu unterstützen, die Forschung voranzutreiben, notwendige Investitionen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu sichern", erklärt Bärbel Bas. "Wir erwarten aber auch, dass sich die Unternehmen zum Stahlstandort Deutschland bekennen und ihrerseits notwendige Investitionen zum Erhalt der Standorte tätigen. Die Unternehmen tragen eine große Verantwortung. Wir erwarten, dass die Unternehmen sich ihrer Verantwortung gegenüber der Belegschaft bewusst sind und mit den Betriebsräten zusammenarbeiten. An erster Stelle steht für uns der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen."

Mahmut Özdemir ergänzt: "Wir wollen, dass keine Region auf der Strecke bleibt. Eine zukunftsfähige Stahlindustrie sichert auch in Zukunft gute und mitbestimmte Arbeitsplätze." Die Stahlindustrie müsse natürlich klimafreundlicher werden. "Klimaschutz kann aber nicht heißen, dass wir aus der Stahlproduktion aussteigen und dafür Stahl importieren, der mit mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen produziert wurde. Wir wollen nicht, dass der Klimawandel auf dem Rücken der Beschäftigten bewältigt wird. Wir nehmen das Kuppelgas aus dem Hochofen und der Kokerei in Marxloh-Schwelgern, bringen es nach Laar ins Kraftwerk und verstromen es dort für die Eigenbedarfe. Von der Bedeutung für Fernwärme ganz zu schweigen. Solange uns das in Europa keiner mit dieser Effizienz nachmacht, setzen wir den Maßstab und wollen weiter an Innovationen tüfteln, um den Kindern und Enkeln der Beschäftigten die Arbeitsplätze von morgen und übermorgen zu bereiten."



Zusammen mit den Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeitern werden Bärbel Bas und Mahmut Özdemir am nächsten Dienstag in Duisburg auf die Straße gehen. Die Beschäftigten fordern Investitionen in die Zukunft des Stahlstandorts Duisburg und den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und Schließungen. Dabei werden sie Seit' an Seit' von der SPD Duisburg und den zwei Duisburger Bundestagsabgeordneten unterstützt.

Gemeinsam haben die Bundestagsabgeordneten aus den 20 größten Stahlstandorten vereinbart, die Zukunft der deutschen Stahlindustrie beim SPD-Bundesparteitag, der am 6. Dezember beginnt, auf die Tagesordnung zu bringen. Die gemeinsame Resolution finden Sie anbei.